

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der  
Zentralvereine, den Vertrauensleuten  
der Gewerkschaften und den Redaktionen  
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:  
G. Legien,  
Zollvereins-Niederlage,  
Wilhelmstr. 13, I.

### Spar- und Lotteriekubs.

Dem Arbeiter wird eine vernünftige Lebenshaltung heute überaus schwer gemacht. Nur mit Mühe vermag er sich unter Mangel und Entbehrungen aller Art durchschlagen. Man wird es unter solchen Umständen ihm nicht verargen können, wenn er alle möglichen Versuche macht, sein Dasein etwas angenehmer und günstiger zu gestalten. Es fragt sich nur, ob die angewandten Mittel und Wege die richtigen sind, ob der Nutzen einzelner Unternehmungen der darauf verwendeten Zeit und geistigen Kraft entspricht. So finden wir in fast allen Städten eine große Zahl von Arbeitern, die sich abmühen, in Sparvereinen, Lotteriekubs, Warenvertheilungs-Vereinen usw. einige Vortheile für sich zu erringen. Mit einer Emsigkeit, die, bei anderen Unternehmungen angewandt, den größten Nutzen für die gesammte Arbeiterschaft zu bringen vermöchte, sehen wir die Beamten solcher Vereine und Vereinen thätig sein. Die Mitglieder verpflichten sich bei Strafe, die Versammlungen dieser Vereine zu besuchen. Da giebt es viele Arbeiter, welche mehreren solchen Vereinen angehören. Fragt man diese, warum sie nicht in den Organisationen sind, die den bestimmten Zweck haben, die Lebenshaltung der Arbeiter durch Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit zu erhöhen, so hört man die Rede, es bleibe hierzu keine Zeit, auch das Geld wäre so knapp, daß man die Beiträge nicht aufbringen könne. Es ist dies eine traurige Erscheinung und sie macht einen um so schlechteren Eindruck, wenn man sieht, daß Leute, welche in politischer Beziehung sich als eifrige Anhänger der Arbeitersache zeigen, der irrigen Meinung huldigen, auf dem genannten Wege eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen. Die Behauptung ist keineswegs zu gewagt, daß die Parteigenossen, welche ihrer Gewerkschaft nicht angehören, die heutige Zeit nicht begriffen haben, die zunächst zu erfüllenden Aufgaben nicht zu verstehen vermögen. Es ist keineswegs ein Unrecht, wenn man solchen Parteigenossen den Vorwurf macht, daß sie ihre Pflichten

als Arbeiter im Kampfe gegen das Unternehmertum und gegen unsere heutigen Produktions-einrichtungen nicht erfüllen. Um so berechtigter aber ist ein abfälliges Urtheil über die Genossen, welche in den erwähnten Vereinen thätig sind, ohne mit ihren Berufsgenossen im gewerkschaftlichen Kampfe in Reih' und Glied zu stehen. Wir sind durchaus nicht gewillt, dem Arbeiter einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er durch Geselligkeit die Stöße und Püffe des Lebens einigermaßen zu mildern sucht; in erster Linie muß er aber sein Augenmerk darauf richten, daß diese Widerwärtigkeiten unserer heutigen Zeit beseitigt werden. Dies geschieht aber nicht durch Spar- und Lotteriekubs, kann aber, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, durch die Gewerkschaftsorganisation erfolgen. Ganz abgesehen hiervon, liegt aber noch ein Schaden bei Gründung solcher Vereine darin, daß sie auf dem persönlichen Egoismus beruhen, also nicht geeignet sind, erzieherisch zu wirken. Jede Vereinigung von Arbeitern, die weniger dazu angethan ist, das allgemeine Solidaritätsprinzip zur Durchführung zu bringen und dem Egoismus des Einzelnen einen zu weiten Spielraum läßt, wird nicht von Nutzen für die Bewegung und Emanzipation der Arbeiter sein. Die Sparvereine sollen dazu dienen, es dem Arbeiter möglich zu machen, durch Einzahlung kleinerer Beträge zu einem bestimmten Zweck, für das Weihnachtsfest oder dergleichen, eine größere Summe zur Verfügung zu haben. Es mag dies an sich ein ganz löbliches Beginnen sein, es bedarf hierzu aber keiner besonderen Organisation. Vermag man nicht sich so weit zu beherrschen, um selbst regelmäßig solche kleinen Beträge zurückzulegen, dann bietet sich in den öffentlichen Sparkassen der geeignete Platz für diesen Zweck. Wäre es nicht nothwendiger, dafür zu sorgen, daß das Einkommen des Arbeiters so gehoben wird, daß er ohne Entbehrungen, wie dies heute geschieht, etwas für besondere Zwecke zurücklegen kann? Wer dies will,

der lasse die völlig überflüssige Einrichtung der Sparvereine fallen und verwende seine Kraft in den Gewerkschaften. Ist schon das Lotteriespiel des Einzelnen durchaus kein empfehlenswerthes Beginnen, so kann es noch weniger empfehlenswerth sein, wenn es förmlich organisiert wird. Wir müssen es uns abgewöhnen, die Bessergestaltung unseres Daseins einem Glückszustand zu überlassen. Vielmehr müssen wir besorgt sein, systematisch daran zu arbeiten, die Hindernisse, welche dieser Bessergestaltung entgegenstehen, zu beseitigen. Welch Geschrei wird erhoben, wenn einmal ein Arbeiter auf einen kleinen Loosanteil eine größere Summe gewinnt. Daß aber bei dem Lotteriespiel die Summen, welche in kleinen Posten von den Ärmsten der Bevölkerung zusammengetragen werden, größtentheils den Reichen, die durch Kauf einer größeren Zahl Loose bei Weitem größere Chancen im Spiel haben, zufallen, wird nicht bedacht. Indem man ein solches System unterstützt, stärkt man nur die heutige Gesellschaft. Ohne Glücksstände sind wir sicher in der Lage, unser Dasein auskömmlich zu gestalten. Jeder, der seine Kraft den Organisationen entzieht, welche, nicht auf das Glück lauernd, Schritt für Schritt die Hebung der Lage der arbeitenden Klasse erstreben, handelt nicht richtig. Sorgen wir erst dafür, daß wir nicht Manches entbehren müssen, wenn wir das Geld für das Lotteriespiel herbeischaffen wollen. Wer dann noch Lust zum Spiel hat, der mag ihm nachgehen, unsere heutige Zeit ist aber nicht dazu angethan, sich solchen Spielereien hinzugeben und das Nothwendige darüber zu versäumen.

Ebenso sind auch die Waarenvertheilungsvereine von keinem Nutzen für die Arbeiter in ihrer Gesamtheit. Sie können Einzelnen Nutzen bringen, doch auch nur in geringem Maße. Allgemein eingeführt, würden sie eine Verschlechterung der

Lage der Arbeiter herbeiführen, wenn neben ihnen nicht Organisationen bestehen, die das Bestreben der Unternehmer, in Folge der Verbilligung der Bedürfnisse eine Lohnreduzierung vorzunehmen, nicht zurückzuweisen vermögen. Haben wir diese Organisationen, dann können wir auch jene Vereine entbehren. Diese Vereinigungen zur Beschaffung billiger Lebensmittel gehen von der falschen Voraussetzung aus, daß der Arbeiter als Konsument seine Lage verbessern könne. Will man bessernd in die Arbeitsverhältnisse eingreifen, dann muß man das Arbeits Einkommen erhöhen, als Produzent muß der Arbeiter seine Lage heben. Der Konsum wird hierdurch bestimmt werden.

Immerhin ist die letztere Art von Vereinen zur Besserung der Lage des Arbeiters noch am wenigsten zu verurtheilen, nur ist es sehr zweifelhaft, ob der Nutzen der nothwendigerweise aufzuwendenden Kraft entspricht. Diejenigen, welche solche Organisationen für dienlich halten, ihnen angehören oder sie unterstützen, sollten zum mindesten aber gleichzeitig auch an dem Blase zu finden sein, an den sie gehören, wenn es ihnen erst mit der Hebung der Lage des Arbeiterstandes ist. Neben dem, wie die Erfahrung lehrt, erfolgreichen Streben der Gewerkschaften, das Arbeits Einkommen des Arbeiters zu erhöhen, sind diese auch im Gegensatz zu den anderen erwähnten Vereinen bemüht, an Stelle des den Einzelnen beherrschenden Egoismus die Solidarität, an Stelle des Strebens, für sich Vortheile zu erringen, den Willen zu setzen, für die Gesamtheit bessere Verhältnisse zu schaffen. Es möge ein Jeder seinen Neigungen und Wünschen folgen, in erster Linie aber seine Pflicht als Arbeiter thun und an der Stelle zu finden sein, an der er für die Beseitigung der heutigen schwachvollen Zustände wirken kann.

## Situationsbericht.

In Stettin sind den Tischlern fortgesetzt von dem im Jahre 1890 vereinbarten Lohnarbitrage von den Innungsmeistern Lohnabzüge von 10 bis 15 Prozent gemacht worden. Die Bemühungen der Arbeiter, durch ihre Lohnkommission Unterhandlungen mit den Arbeitgebern einzuleiten, sollen von dem Obermeister der Innung mit der Bemerkung zurückgewiesen sein, daß es unter seinem Regiment keine Verhandlungen gäbe. In Folge dieser abweisenden Haltung der Arbeitgeber waren die Arbeiter genöthigt, die Arbeit einzustellen. Es kamen etwa 140 Mann zum Ausstand, und wird dringend um Fernhalten des Zuguges gebeten.

In Berlin sind unter den Glasergesellen und deren Arbeitgebern verschiedentliche Differenzen ausgebrochen. Die Bleiglasler erachteten die in Folge verschiedener Kirchenbauten eingetretene günstige Konjunktur für geeignet, eine Lohnforderung zu stellen und einzelne in den Werkstätten vorhandene Mißstände zu beseitigen. Die Forderung ging auf M. 27 Minimallohn pro Woche,

bessere Ventilation der Arbeitsräume und Desinfektion der Puzklappen. Letztere Forderungen sind bei der ohnehin sehr schädlichen Kleiarbeit zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter eine Nothwendigkeit. Wenn auch zur Zeit von den ursprünglichen an der Bewegung beteiligten 48 Arbeitern nur noch 18 in Betracht kommen, so wird befürchtet, daß ein allgemeiner Ausstand in Szene gesetzt werden muß, weil die Arbeitgeber sich voraussichtlich verbinden werden, um gemeinsam den Angriff abzuwehren. Die Konjunktur soll jedoch so günstig sein, daß auch ein allgemeiner Streit zu Gunsten der Arbeiter entschieden werden wird. Die gottlosen Arbeiter, selbst bei Kirchenbauten wollen sie das Fett nicht von den Unternehmern abschöpfen lassen.

Die Glaser der Firma Spinn & Co. stellten die Arbeit ein, weil zwei ihrer Kollegen gemäßregelt worden sind. Die Ursache war, daß sämtlichen Arbeitern ein Lohnabzug von 10 % gemacht wurde, weil sie 5 Minuten zu spät zur Arbeit kamen. Auf ihre Aufforderung hin wurde ihnen



das Geld wohl zurückerstattet, doch wurden die beiden Kollegen, welche die Interessen ihrer Mitarbeiter vertraten, entlassen. Die Ausstehenden fordern die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Entlassung dreier Mitarbeiter, welche sich bei der ArbeitsEinstellung nicht solidarisch zeigten. In der Fabrik von Behnert & Co. stellten die Arbeiter die Thätigkeit ein, weil sie fortgesetzt schlecht behandelt wurden und ihnen außerdem eine Lohnreduzierung angekündigt wurde. Da in der Fabrik nur Spezialartikel angefertigt werden, so hoffen die Ausstehenden, den Fabrikanten zu veranlassen, ihren Forderungen nachzugeben.

Adresse des Vertrauensmannes der Glaser:  
H. Stampehl, Putbusierstr. 15, Berlin N.

Der Ausstand der Glasarbeiter in Fürth hat den dortigen Gewerkschaften bedeutende Ausgaben verursacht, so daß sie noch eine beträchtliche Summe Schulden zu decken haben. Die von den Glasarbeitern unter Zustimmung der anderen Gewerkschaften verfaßten Sammellisten sollen leer zurückgekommen und dabei bemerkt sein, daß der Ausstand von der Generalkommission nicht genehmigt sei. Diese Auffassung ist jedenfalls eine irrige, und wäre es zu bedauern, wenn infolge derselben den Ausstehenden die Unterstützung verjagt worden ist. Die Generalkommission hat keine Streiks mehr zu unterstützen und kann infolge dessen auch kein Genehmigungsrecht über dieselben haben. Die Fürther Gewerkschaften wenden sich nun mit dem Ersuchen an die Generalkommission, diese möge die Gewerkschaften der verschiedenen Orte auffordern, den Fehlbetrag decken zu helfen. Die dem Ersuchen kommen wir hierdurch nach und hoffen, daß die Bitte der Fürther Organisationen keine vergebliche sein wird.

Adresse des Vertrauensmannes ist: G. Hechtel, Katharinenstr. 16, Fürth in Bayern.

In Hamburg fand eine Aussperrung der organisirten Brauer und Küper statt. Wenn auch die Ursache der Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine kleinliche ist, so scheint man doch von Seiten der Arbeitgeber nur eine passende Gelegenheit abgewartet zu haben, um gegen die Organisation der Brauer vorzugehen. Auf einer Brauerei wurde ein Arbeiter entlassen, nach Angabe des Brauereidirektors wegen Trunkenheit; die Arbeiter zweifeln jedoch, daß dies die ausschließliche Entlassungsursache sei. Die Vorstellungen der Lohnkommission der Brauer waren vergeblich. Infolge dessen erklärte die Lohnkommission das Bier der betreffenden Brauerei für boykottirt und gab gleichzeitig die Lokale bekannt, in denen dies Bier ausgeschenkt wird. Ehe noch die zur Entscheidung solcher Fragen berufene Körperschaft, das Hamburger Gewerkschaftskartell, sich mit der Angelegenheit beschäftigen konnte, erklärten 16 Brauereien in verschiedenen Blättern, daß sie ihre sämtlichen den Fachvereinen angehörenden Arbeiter entlassen würden, falls das Gewerkschaftskartell den Boykott nicht aufhebe. Denselben Tag, an dem diese Mittheilung im Organ der Arbeiterpartei stand, erfolgte auch bereits die Aussperrung. Die Zahl der thatsächlich ausgesperrten Arbeiter

konnte nicht festgestellt werden, sie dürfte nach den nachträglich bekannt gewordenen Zahlen etwa 600 betragen. Das Gewerkschaftskartell hielt unverzüglich eine Sitzung ab und wurde in derselben erklärt, daß der Lohnkommission der Brauer nicht das Recht zustehe, einen Boykott zu verhängen. Ferner, daß die Ursache des gegenwärtigen Streites, die Entlassung eines Arbeiters, nicht ausreichend sei, zu dem tiefeinschneidenden Kampfmittel des Boykotts zu greifen. Die Lohnkommission der Brauer wurde beauftragt, den Boykott sofort aufzuheben. Die Kommission des Gewerkschaftskartells wurde beauftragt, mit den Brauereidirektionen in Unterhandlungen zu treten, damit sämtliche entlassenen Arbeiter wieder eingestellt würden und Maßregelungen Einzelner nicht eintreten sollten. Die Wiedereinstellung sämtlicher entlassenen Küper (Böttcher) war schon vor dem Beschluß des Gewerkschaftskartells erfolgt. Die Verhandlungen mit den Brauereidirektionen ergaben, daß keinerlei Maßregelungen eintreten sollten, ferner, daß den Arbeitern auf den Brauereien das Koalitionsrecht weder politisch, noch gewerkschaftlich beschränkt werden sollte, doch sollten die entlassenen Brauer und Hülfsarbeiter nur soweit wieder eingestellt werden, als noch Plätze vorhanden waren. Das Gewerkschaftskartell war mit einer solchen Vereinbarung nicht einverstanden und beauftragte seine Kommission, mit der Direktion jeder einzelnen Brauerei zu unterhandeln und eventuell gegen eine oder die andere mit dem Boykott vorzugehen. Sollten sämtliche Brauereien sich in der Frage wie bisher einig zeigen, so sollte eine der beteiligten Brauereien herausgegriffen und deren Bier boykottirt werden. Die Unterhandlungen mit den einzelnen Brauereien führten dazu, daß die Kommission wieder mit dem Verein der Brauereien und Mälzereien Hamburgs und Umgegend in Verhandlungen trat. Diese führten zu dem Resultat, daß die indifferenten Arbeiter, welche die Stellen der entlassenen besetzt hatten, vorläufig in Arbeit bleiben sollten. Bei dem in den nächsten Wochen eintretenden größeren Bedarf von Arbeitskräften sollen in erster Linie die entlassenen Arbeiter berücksichtigt werden, so daß nach kurzer Zeit die Wiedereinstellung der Aussperrten erfolgt sein würde. Die Vereinbarung befriedigte das Gewerkschaftskartell zwar nicht vollständig, doch wurde sie angenommen, weil augenblicklich nicht mehr zu erreichen war. Die Verhängung des Boykotts über die sämtlichen Brauereien erschien, abgesehen von der Schwierigkeit seiner Durchführung, nicht rathsam, weil durch voreilige Stellungnahme einzelner bekannter Parteigenossen und der Presse eine Einigkeit im Vorgehen nicht hätte herbeigeführt werden können. Die Differenzen sind als vorläufig beglichen zu betrachten, doch kommt es darauf an, ob die Brauereien die gegebenen Versprechungen einhalten werden. Die ganze Angelegenheit beweist, daß mit der Waffe des Boykotts sehr vorsichtig umgegangen werden muß, weil eine unrichtige Anwendung mehr Schaden als Nutzen für die Arbeiter

bringen kann. Wo aber einmal zum Doykott ge-  
griffen werden muß, da müssen alle Betheiligten  
sich vollständig einig sein und nicht durch klein-  
liche Meinungsverschiedenheiten die Wirksamkeit  
dieser ausgezeichneten Waffe abschwächen.

Es bleiben in den nächsten Wochen noch eine  
größere Anzahl Brauer und Hülfsarbeiter zu  
unterstützen, und muß besonders dafür gesorgt  
werden, daß der Zuzug von Brauern nach Ham-  
burg ferngehalten wird. Die Adresse des Ver-  
trauensmannes der Brauer ist: W. Appel,  
Hopfenstraße 21 pt., Hamburg, St. Pauli.

Wir bitten um Angabe von weiteren Adressen  
zur Versendung des Flugblattes in den öst-  
lichen Provinzen Preußens. Auch das pol-  
nische Flugblatt ist nunmehr fertiggestellt,  
und wäre es uns ganz besonders erwünscht, zur  
Verbreitung desselben eine größere Anzahl Adressen  
zu erhalten, als uns bisher zugesandt worden  
sind. Adressenangaben erbitten wir an nachstehende  
Adresse.

**Die Generalkommission.**

C. Legien,  
Hamburg, J.-B.-N., Wilhelmstr. 13, 1. Et.

**Quittung**

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom  
12. bis 25. August 1892 eingegangene Gelder.

Aus Friedrichshagen (Maisfonds) . . . M. 25,—	Aus Reichenbrand (Maisfonds) . . . M. 4,10
" Mülhausen i. G. (Maisfonds) . . . " 5,—	" Steinbeck (Maisfonds) . . . " 7,—
Quartalsbeitrag (3. Quartal 1892) des Verbandes der am Schiffbau und an der Schifffahrt beschäftigten Arbeiter . . . " 116,85	" Hamburg, Sparlade „Einigkeit von 1888“ durch Herrn Fresat . . . " 22,—
Quartalsbeitrag der Fabrik- und Hand- arbeiterinnen . . . " 45,—	Quartalsbeitrag (2. Quartal 1892) des Verbandes der Bäcker, Berlin. . . " 12,50
Quartalsbeitrag (2. Quartal 1892) des Zentral-Vereins der Former . . . " 110,—	<b>A. Dammann, Kassirer,</b> Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. Et.